

Sarkozy startet seine offizielle Wahlkampagne: Der unbeliebte Präsident will mit rechtspopulistischen Schlenkern wieder Oberhand gewinnen

VON DANNY LEDER, PARIS

„Ich werde meine Gegner nicht mehr zum atmen kommen lassen, die werden gar nicht kapieren, wie ihnen geschieht. Ich werde sie mit drei neuen Ideen pro Tag in Stücke reißen“, hatte Nicolas Sarkozy im vertrauten Kreis erklärt, bevor er sich gestern, Mittwoch-Abend, im TV auch offiziell als Kandidat für bevorstehende Präsidentschaftswahl (in zwei Durchgängen am 22. April und am 5. Mai) präsentierte.

Damit ist der ursprüngliche Sarkozy wieder zurück, der hyperaktive, wortgewaltige und eher rechtslastige Draufgänger, der 2007 die Präsidentschaftswahl mit über 53 Prozent gegenüber der damaligen sozialistischen Kandidatin, Ségolène Royal, gewann. Allerdings scheint laut Umfragen Sarkozy diesmal chancenlos gegenüber Francois Hollande, dem nunmehrigen SP-Kandidaten und – pikanterweise – vormaligen Lebensgefährten von Ségolène Royal.

Was Sarkozy wohl am meisten zu schaffen macht, ist die aktuelle ökonomische Situation Frankreichs: zum Abschluss seiner fünfjährigen Amtszeit sorgen die Meldungen über tagtäglich neue Betriebsschließungen und Fabrikverlagerungen in Billiglohnländer, der Anstieg der Arbeitslosenrate auf zehn Prozent und ein Rekord-Handelsdefizit von 70 Mrd. Euro für eine besonders pessimistische Stimmung. Breite Teile der Arbeitnehmer klagen über Einkommensverluste und fühlen sich von Sarkozy förmlich hintergangen. Dieser hatte viele Arbeiterwähler 2007 erfolgreich beworben, in dem er „Mehr Verdienst durch mehr Arbeit“, sprich steuerlich begünstigte Überstunden, versprochen hatte. Dazu kommt der sagenhafte Anstieg der öffentlichen Verschuldung Frankreichs während Sarkozys Amtszeit um 630 Milliarden Euro.

Ein Teil dieser Rückschläge sind auf die zweimaligen internationalen Wirtschaftskrisen zurückzuführen. Aber Sarkozy hat sich durch seine, anfänglich provokant zur Schau gestellte Verbrüderungen mit Wirtschaftsmagnaten quasi selber zum Buhmann stilisiert. Seine ursprünglichen Maßnahmen zum Steuerabbau konnten von der Linksoption umso leichter

als eine ungerechte „Begünstigung der Allerreichsten“ und als der Hauptgrund für den Schuldenzuwachs vermittelt werden. Die Heraufsetzung des Pensionsantritts (ursprünglich 60 Jahre) und der Beamtenabbau, namentlich bei der Polizei und an den Schulen, verärgerten eine Hälfte der Bevölkerung, ohne dass sie die andere Hälfte, die radikalere Einschnitte im Behördenstaat erwartet hatte, befriedigten.

Jetzt versucht Sarkozy sich neuerlich als „Kandidat der Fleißigen und des schwer arbeitenden Volks gegen die linken Pariser Eliten“ (so die Definition einer seiner Berater) zu präsentieren: so erwog er Volksabstimmungen über die Abschaffung der Stützen für Arbeitslose, die ein Jobangebot ablehnen würden, und über schnellere Ausweisungsverfahren für Migranten. Ehe und Adoptionsrecht für Homosexuelle lehnt Sarkozy nun ab, nachdem er noch vor kurzem dies in Aussicht gestellt hatte. Auf Besuch im ältesten und höchst störanfälligen AKW Frankreichs, in Fessenheim im Elsass, fand er den Zuspruch der Belegschaft, indem er die Teil-Ausstiegspläne von Hollande aus der Atomenergie als „Wahnsinn“ bezeichnete.

Mit diesem Kurs hofft Sarkozy neuerlich die Wähler der rechtspopulistischen „*Front national*“ zu ergattern – bisher mit mäßigem Erfolg: laut jüngster Umfrage käme deren Kandidatin, Marine Le Pen, im ersten Wahlgang auf rund 20 Prozent, Sarkozy auf 24 und Hollande auf 28 Prozent. Bei der Stichwahl würde Hollande demnach mit 57 Prozent Sarkozy besiegen.